

Abonnements-Preis:

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 Sgr. incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungsamt für England 3 R. 15 Sgr., für Frankreich 4 R. 24 Sgr., für Belgien 2 R. vierterjährlich. In Warschau bei d. R. N. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Russland laut R. Posttage.

Insertions-Preis:

für den Raum einer Petitzeile 2 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kettemeyer, Breitestr. Nr. 1. in Hamburg-Altona: Daalenstein & Bogler. in Stettin: die Expedition. Geeignete Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Zu einer gestern (Freitag) Abend von dem Vorsitzenden des Berliner Arbeiter-Vereins, Herrn Bando, berufenen Volksversammlung in Alhambra waren ca. 3- bis 4000 Menschen erschienen. Nachdem Hr. Bando in einigen einleitenden Worten den Zweck der Versammlung (eine Kundgebung über den bekannten Obertribunalsbeschluss, betreffend § 84 der Verfassung) näher erörtert, sprach in längerer Ausführung Hr. Angerstein (von Köln). Inmitten des Vortrages eines darauf folgenden Redners erhob sich plötzlich einer der beaufsichtigenden Polizeibeamten mit den Worten: „Diese Aeußerung enthält eine Verhöhnung —“ die weiteren Ausführungen des Beamten wurden durch einen betäubenden Sturm des Unwillens Seitens der Versammlung unterbrochen. Nachdem die Ruhe einigermaßen zurückgekehrt, erklärte Hr. Bando, daß der Polizeibeamte Veranlassung genommen habe, die Versammlung a u f z u l ö s e n. — Die auf's Höchste erregte Menge trennte sich langsam unter heftigen und wiederholten Zurufen. (Berl. Reform.)

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (16. Febr.) (Schluß.) Abg. Hüner (gegen die Resolutionen): Es ist Ihre Art, m. H., die Ereignisse, aus dem Zusammenhange gerissen, einer unliebamen Kritik zu unterwerfen; so behandeln Sie die Lauenburger Angelegenheit, so das Abgeordnetenfest. Die Thronrede hat ihre Wichtigkeit als eine dem Wohle des Landes nicht dienende, in die Rechte der Krone übergreifende gekennzeichnet und diese Ansicht theilt ein großer, bedeutender und intelligenter Theil der Nation vollständig. Der entsprechende patriotischen Gesinnung, wie sie in Köln und Aachen zum Ausdruck gekommen war, ein Paroli zu bieten, hat Ihnen dringend Noth, Sie wollten den Schaden, den Sie durch das patriotische Jubelfest in Rheinland und Westphalen erlitten, die Erfolglosigkeit Ihrer Bestrebungen wieder gut machen. Wir, m. H., haben auf der Rückseite Ihrer Einladungskarten nichts als Hohn gegen die Staatsregierung und die conservative Partei gelesen. Nach meiner innigen juristischen Ueberzeugung steht das Verfahren der Regierung und ihrer Behörden weder im Widerspruch mit der Verfassung, noch mit dem Vereinsgesetz. Das ganze Fest, m. H., ist überhaupt kein geschichtlicher Griff zu nennen; der Ernst, der darin liegt, wird von einem gefährlichen Humor überwuchert. Haben doch selbst demokratische Blätter die Teilnehmer dieses Festes als der Lächerlichkeit verfallen bezeichnet, und Herr Classen-Kappellmann gehört in der That für Ihre Partei zu jenen Leuten, von denen Sie sagen kann; Gott behüte mich vor dem meinen Freunden u. s. w. In der That wäre es besser, über die ganze Sache zur Tagesordnung zu gehen, als provocirende Resolutionen zu fassen, die völlig wirkungslos bleiben werden, denn es denkt wirklich Niemand daran, ihnen irgend welche Berücksichtigung zukommen zu lassen.

Vice-Präsident v. Unruh übernimmt den Vorsitz. Abg. Jung (für die Resolutionen): M. H., der Herr Minister des Innern hat uns so eben gesagt, daß er bei seinen vorjährigen Aeußerungen über das Jubelfest am Rhein durchaus nicht gesagt habe, es hätte dem herrschenden System gegolten. Damit stehen indessen seine damaligen Worte nicht im Einklange. Der Redner verteidigt die betreffenden Aeußerungen des Ministers und betont die Worte, daß die Loyalitäts-Bezeugungen dem von seinen Ministern umgebenen Könige gegolten hätten. Er hat damals gesagt, daß alle erschienen waren bis auf Herrn Classen-Kappellmann und die Deputirten, welche die Städte Rheinlands und Westfalens in diesem Hause vertreten; d. h. es fehlten die Vertreter des Volkes und es geht hier so, wie es dem herrschenden System stets geht: man sucht das Volk nur da, wo es nicht ist, und man sucht es da nicht, wo es zu finden ist, in seiner Vertretung. (Beifall.) Die damaligen Aeußerungen des Ministers waren die erste Einladungskarte zu jenem Feste und bei dem obligaten Jubel, welchen diese Worte in den officiellen und feudalen Mätkern fanden, war es doch unmöglich, daß solche Provocationen nicht Gegendemonstrationen hervorriefen. Warum weiterte die Stadt Köln die Kosten zu dem Feste? Aus dem Gefühl der Solidarität in dem großen städtischen Kampfe des Preussischen Volkes für sein Recht. Stillschweigend hatten alle Communen beschlossen, da man sie im Ernst nicht hören wollte, auch zu dem Jubel der officiellen Feste nicht beizutragen, und die Metropole des Rheins wollte diesem übereinstimmenden Gefühle der Communen nicht untreu werden. Die Rheinprovinz hat das Verwehnen der Solidarität mit Preußen, nicht mit der kleinen Junterfasse der Neupreußen, die den Preussischen Namen überall verhaßt macht, und deren schmerzender Ton hinreichend, jeden Rheinländer schon von Weitem nervös zu machen, sondern mit dem Preußen Steins und Hardenbergs. Allein was fragt der Minister danach? „Das Fest war ja brillant“, sagt er, und der Herr Minister ist ein vielgeleiteter Mann (Heiterkeit), er weiß gewiß, daß die Ehre der großen Handelsstädte stets das gute Einvernehmen mit jedem Regierungssystem suchen, wenn es auch einzelne ehrenvolle Ausnahmen giebt. Wir haben indessen ja selbst ein Beispiel unter uns. Der Abg. für Ziegenrück (Freiherr v. d. Heydt) geht mit jeder Conjunction: 1848 haben wir ihn ganz roth, 1849 ganz schwarz (Gelächter), unter der neuen Aera schimmerte er bläulich und jetzt ist er wieder ganz dunkel-schwarz. (Anhaltendes Gelächter.) Er überjüngert das Junterthum, er überinterpretirt den allerhöchsten Interpretationspunkt. (Zustimmung.) Da ist der Herr Minister und der Herr Polizei-Präsident noch milde, sie wollen die Verantwortlichen des Festes nur wegen leichter Uebertretung mit Gelbbüße von 5 bis 30 Thaler strafen, der Abgeordnete für Ziegenrück zeigt sie des Hochverraths. Man hat das Fest in Köln mit dem Rumpfparlament verglichen, die Gründung ist zu schön, um sie durch Critik zu verderben; allein zu einem Rumpfparlament, wie dem in Berlin und Stuttgart seiner Zeit tagenden, war doch auch die Minorität theilzunehmen aufgefordert, und diese nach Köln einzuladen, ist doch Niemand eingefallen. Der Abg. für Ziegenrück hat hier heute einen Panegyricus auf die Gewalt losgelassen, wie er in diesem Hause noch nie gehört worden ist; er sagt geradezu: „Schlagt!“ — dasselbe hat er allerdings einer anderen Gewalt im Jahre 1848 auch gesagt. Ich will den kölnischen Grobmächten des Handels nicht so zu nahe treten, daß ich sie mit dem Abg. für Ziegenrück vergleiche; sie haben denn doch wenigstens jene Adresse mit unterschrieben, welche das Verhalten der Regierung mißbilligt. Der Herr Minister weiß doch, daß die Rheinprovinz, die mächtigste auf dem Gebiet des Handels und der Industrie in Deutschland, leicht ein glänzendes Fest zu Stande bringen kann. Weiß er aber auch, daß er viel mehr Militär bei jenem Jubelfest gebraucht hat, um die selbstwichtigen Loyalitäts-Aeußerungen des Volkes fern zu halten, als um das Abgeordnetenfest zu verhindern. Daß dies fast eine Demonstration gegen solche Provocationen war, leugnet Niemand, nicht das Comité, nicht ich: sind denn aber politische Demonstrationen verboten? Wenn ich eine schwarz-weiße Kofarde am Hut trage, so ist das eine politische Demonstration: ist schon Jemand von einem Polizisten deshalb angehalten worden (Heiterkeit). Kein Gesetz kann mir verbieten, Leute nicht mehr bei mir zu sehen, die dem Beschluß des Obertribunals beitreten, dagegen meine Gesinnungsgenossen einzuladen. So war auch die Einladung zum Diner an die liberale Mehrheit erlassen, nicht zu verbieten; da sie aber dem Herrn Minister unangenehm war und er ihren Erfolg vorher sah, so erkannte er die Nothwendigkeit, daß es verboten werden müsse. Der Polizei-Präsident aber, der den betreffenden Paragraphen des Vereinsgesetzes nicht finden konnte, nahm das ganze Gesetz und warf es hin

mit dem Rufe: Sucht Euch selbst den Paragrafen! Der Herr Minister hat auf die Beschwerde aus Köln nicht geantwortet, weil er nicht wußte was er antworten sollte. In einem so eclatanten Falle mußte der Minister mit einem Separatgange nach Köln kommen oder einen vertrauten Rath hinsenden, um das Verfahren der Behörde zu prüfen. Daß er der Ansicht des Polizei-Präsidenten war, ist nicht anzunehmen; ignorantia juris nocet, er muß wissen, was Gesetz ist und was nicht (sehr wahr!). Endlich ertönte für die Polizei das erlösende Wort. Acht Tage hatte ein Schlaupfopf dazu gebraucht, heraus zu klügeln, das Comité sei ein politischer Verein (Heiterkeit). Ein solcher hat vor Allen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten; wie den die Veranstaltung eines Festes ausüben kann, ist nicht recht ersichtlich. Statt der Statuten hätte das Comité die Speisefarte einreichen müssen. (Gelächter.) Auflösbar nach dem Vereinsgesetz war das Comité, wenn es zu dem Fest „Frauen, Lehrlinge und Schüler“ herangezogen hätte. Auch das ist nicht geschehen. Das kölnische Comité war auch kein Centralcomité, das mit anderen in Verbindung stand, etwa um ein Abgeordnetenfest von Stadt zu Stadt zu organisiren. Und auf so triviale Grundlage mochte der Oberprocurator nicht nur Hausdurchsuchungen vorzunehmen, sondern der Inztructionsrichter nahm auch die Klage an. Aber es gab nur zwei Proceffe, der Schein war gewonnen, ein Häfchen aufgefunden, an dem der Staatsprocurator die Festgeber fassen konnte. Das sollte nun die Aufforderung zur Versammlung unter freiem Himmel sein, der Verein sollte einen Aufzug auf offener Straße beabsichtigen haben. Der Herr Minister hat uns eine Wette angeboten, daß das Gericht zweiter Instanz diese Grundsätze adoptiren würde. Nun, ich gratulire dem Appellhof zu dem Vertrauen des Herrn Ministers, ich weiß nicht, wie er es aufnehmen wird. (Sehr gut!) Wenn eine Verurtheilung erfolgte, so wäre das nur ein neuer Beweis dafür, wie unheilvoll es ist, Richter einzusetzen, die mit dem formalen juristischen Verstande urtheilen, wo nur die Erwägung der Verhältnisse und der gesunde Menschenverstand der Geschwornen Recht sprechen sollte. (Beifall.) Nehmen Sie an, der Minister gönne keine Wette, die Fahrt auf dem Rhein bedeute einen öffentlichen Aufzug auf einer öffentlichen Straße, so stellen wir freilich alle Verhältnisse auf den Kopf. Denn an jedem Sonntag machen zahllose Gesellschaften, Gesangsvereine u. dergleichen auf dem Rhein, ohne die Polizei zu fragen; nehmen wir das aber auch an, dann trifft das Comité doch nur für den zweiten Tag die Schuld eines Vergehens, den einen Tag im Gürtel hat der Polizeipräsident zu verantworten. Für jenen zweiten Tag trifft das Comité die Schuld einer leichten Uebertretung, für den ersten die Behörde der Vorwurf eines schweren Vergehens, einen Artikel der Verfassung verletzt, das Amt mißbraucht zu haben, und zwar ist hier Dolus gar nicht abzuleugnen; dafür winkten den Beamten Belohnungen, vielleicht Ordren, dagegen erwarteten das Comité für seinen leichten Verstoß bei culpa levisissima Strafen! Das wäre freilich die angemessenste Art der Segnungen für das Rheinland, in Folge seines Anschlusses an solche Regierung. Das möchte ich nur dem Rheinländer an das warme Herz legen. Woher kam nun die Wuth auf das Fest, die Art, die Leute wie Gefangene zu transportiren und mit dem Bajonet ins Bett zu jagen? (Hört, hört!) Der Minister des Innern wollte eben nicht desavouirt sein für die innige, selbstwichtige Loyalität. Deshalb jenes ungeschickte Verfahren, das nicht mehr recht in unser Jahrhundert hineinpaßt. Dies Fest ist eine neue Bereicherung des herrschenden Systems, neu durch die Gründung der Präventivpolizei, durch Verlegung der Gesetze aus Verwahrung, Jemand könne sie überschreiten. So viel ist klar, es ist sehr viel faul im Staate Preußen, und wenn für jede Verletzung eines Gesetzes ein Geißt umgehen sollte, so wäre kein Mensch in seiner Nachtruhe mehr ungestört. Hoffen wir, daß der Geißt des Preussischen Volkes endlich die Minister aus ihrer Ruhe aufrütteln werde, dann werden wir vielleicht wieder die Freude haben, den Abg. für Ziegenrück auf der Linken zu sehen. (Heiterkeit und Beifall.)

Vice-Präsident v. Unruh: Der Vorredner hat die Anwendung des Vereinsgesetzes mit einem Subjectivum bezeichnet, das ich für einen parlamentarischen Ausdruck nicht erachten kann und dessen Gebrauch ich im Interesse der Würde des Hauses lieber vermieden gesehen hätte.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Auf die Frage eines Vorredners, wo es denn stünde, daß politische Demonstrationen gesetzlich verboten wären, habe ich zu erwidern, daß ich nur gesagt habe, daß man eine politische Demonstration, wenn man sie für öffentlich gefährlich hält, unter allen Umständen verhindern müßte, und dann sich im Gesetz nach einer Stelle umsehen, um dies zu motiviren. (Heiterkeit.) Daß eine solche vorhanden gewesen, ist hinreichend dargethan. Wenn nun vom Polizei-Präsidenten Geiger gesagt wird, daß er „rein aus Verweigerung“ so gehandelt habe, so möchte ich fragen, woher denn diese Verweigerung gekommen; doch wohl nur aus der großen Unruhe, in die er über die Bedeutung des Festes gerathen: denn von hier hat er keine Anregung erhalten, wohl aber ist sein Verfahren nachher vollkommen gebilligt worden. Wenn nun die Ansicht, daß der Rhein eine öffentliche Straße sei, als so ungeheuerlich hingestellt wird, so haben die Herren wohl nicht die Beilagen zum Commissionsbericht gelesen, sonst würden sie ersehen haben, daß auch ein Gericht dieser Ansicht beigetreten ist. Wenn der Hr. Abg. Jung sagt, es wäre meine Pflicht gewesen, bei einem solchen Falle selbst nach Köln zu reisen, so ist das wohl nur ein Scherz; sonst könnte ich ihm auch entgegen, daß ich an demselben Tage nach Regensburg reisen mußte, wo ich wohl Wichtigeres zu thun hatte.

Abg. v. Blaudenburg: Meine Herren! Der erste Redner hat einen Ton angeschlagen, als ob das ganze Fest von Ihnen verleugnet werden solle; es hat mich gewundert, daß sich diese Sache so gewaltig abgelehrt hat: es ist dies auch gerade keine Höflichkeit gegen Ihren Präsidenten, der demselben in seiner Präsidialvorrede eine so große politische Bedeutung beilegte; man sieht daraus, es will nicht mehr recht geben (Gelächter). Das Fest hätte aber von großer politischer Tragweite werden können, wenn die Regierung nicht so gehandelt hätte. Die Stadtverordneten in Köln hatten bereits die Absicht, das Jubelfest der Vereinigung der Rheinprovinz mit Preußen zu hintertreiben; da dieser Versuch mißlang, wollte man das Abgeordnetenfest im schmerzlichsten Gegensatz zu jenem echt patriotischen Fest feiern. Der Herr Graf Schwerin hat dies in seinen Briefen an das Fest-Comité ausdrücklich ausgeprochen. (Redner verliest einen Satz daraus.) Diese feindliche Demonstration sollte die Regierung dulden, weil sie keinen passenden Vereinsparagrafen fand? Sie glauben es ja selbst nicht, daß die Regierung Unrecht damit gethan. Sie haben es ja selbst ausgesprochen, daß keine Tage des Friedens, sondern der Mache kommen werden. War es ganz ohne Bedeutung, daß Ihr Präsident, der Präsident der Majorität (Mündes Hauses!) seine Büste hingelacht hat. So viel ich weiß, haben bis jetzt nur S o v e r ä n e ihre Büsten (Gelächter). Bei einer so feindlichen Demonstration können Sie sich nicht auf Art. 29 berufen und wir können uns nur freuen über die Energie der Regierung, durch welche sie im ganzen Lande die Herzen für sich gewinnt (Gelächter); denn das Sprüchwort hat ganz Recht: „Greif niemals in ein Wespennest, doch, wenn Du greiffst, so greife fest!“

Abg. John-Dabiau: Der Hr. Abg. v. d. Heydt suchte uns zu belehren, daß diese Sache in ein anderes Gebiet, als das des Vereinsrechtes, gehöre, nämlich des Hochverraths. M. H.! Auch durch meine Stellung außerhalb des Hauses hätte ich schon öfter Gelegenheit, den vollen Ernst dieses Wortes zu erwägen, und kann dem Herrn Abgeordneten, der diese Ansicht hegt, nur sagen, daß ich diese

Ansicht, da sie der Ehre, die der Wissenschaft gebührt, nicht werth ist, ganz übergehe. (Sehr gut.) Ich will hier nur auf einige Mißbräuche aufmerksam machen, denen wir bei der Handhabung des Vereinsrechtes begegnen. (Redner führt Beispiele aus Königsberg und Breslau an, bei welchen die Polizei gegen die §§. 1 und 5 des Vereins-Gesetzes gefehlt habe.) Alle diese Fehler und Ungeklärtheiten haben aber nichts zu bedeuten gegen die Ungeklärtheiten, die bei Gelegenheit des Abgeordnetenfestes in Köln begangen sind. Der Herr Minister des Innern hat früher einmal erklärt: er wäre ein Feind aller Polizeiwirtschaft; diese Feindschaft scheint ähnlich zu sein, wie seine Feindschaft für das Budgetrecht des Hauses. — Die Interpretation, welche uns der Herr Minister gegeben, hätte ich nicht erwartet; er hätte doch aufrichtig erklären sollen: „M. H.! Ich kenne kein Gesetz, wodurch ich mein Verfahren rechtfertigen kann; das Fest hat uns nicht gepaßt, und weil es mir nicht gepaßt hat, habe ich mich nicht an Recht und Gesetz gefehert, und da ich zum Theil auch die Gewalt in Händen hatte, habe ich es verhindert“. Das wäre doch aufrichtig gewesen. Die verschiedenen Interpretationen aber haben keinen Werth; das Vereins-Gesetz muß strikte interpretirt werden, und wenn auch der Appellhof in Köln und selbst der Criminal-Senat des Ober-Tribunals den Rhein für eine Straße erklärt, so würde doch jeder vernünftige Mensch sagen, daß dies unrichtig sei. Der Verfassung nach haben wir das Recht, die Minister anzuklagen; deshalb haben wir auch die Befugniß über die Pflichterfüllung oder Pflichtvergessenheit der Beamten uns auszusprechen, und wenn das Haus dies thut, so thut es nichts weiter, als was in seinem Rechte steht. (Bravo links.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Vorredner hat eine Aeußerung von mir citirt, daß ich keine Polizeiwirtschaft dulden wollte. Da ist es doch wohl erzt nöthig, daß wir uns über den Begriff Polizeiwirtschaft verständigen. (Allo!) Ich nenne Polizeiwirtschaft, wenn sich die Polizei in Dinge mischt, die sie nichts angehen, wenn sie eingreift in Sphären, die dem Rechte oder der freien Thätigkeit des Einzelnen vorbehalten sind. Wo aber die Polizei ihren Befugnissen und Verpflichtungen nachkommt, da kann von Polizeiwirtschaft nicht mehr die Rede sein. Sie gebrauchen aber das Wort Wirtschaft überall, wo es nicht nach Ihrem Sinn geht. Ist Ihnen das Budget zu hoch, so nennen Sie es Militärwirtschaft. Schlicht die Regierung einen Vertrag mit einer Gesellschaft, von dem Sie behaupten, daß er Ihrer Zustimmung bedarf, so nennen Sie es Finanzwirtschaft; gefällt Ihnen ein gerichtliches Urtheil nicht, so nennen Sie es Justizwirtschaft. Das, m. H., aber nenne ich Parlements-wirtschaft.

Abg. Harfort I.: Der Zweck des Festes, von dem wir sprechen, war der, daß das ganze Land zeige, daß es mit der Majorität des Abgeordnetenhauses einverstanden sei. Schon vor 2 Jahren wurde ein ähnliches Fest gefeiert, das höchst würdevoll verlief, ohne daß die Polizei Veranlassung fand, einzuschreiten. Es war deshalb auch kein Grund vorhanden, das zweite Fest in dieser Weise zu stören. Den Ausführungen eines Herrn von der Rechten gegenüber bemerkte ich, daß die Ehrfurcht und Liebe zum Träger der Krone wohl zu trennen ist von der Anerkennung des Ministeriums. M. H.! ich habe die Zeit mit durchgemacht eines Stein und Hardenberg, ich habe die Karlsbader Beschlüsse erlebt, so wie das Jahr 1847, und ich kann bezeugen, daß ein halbes Jahrhundert hindurch das Recht des Volkes nie so verletzt worden ist, wie hier. (Die folgenden Ausführungen des Redners sind auf der Journalisten-Tribüne schmerzlich verständlich. Er geht näher auf die polizeilichen Maßregeln in Köln ein und fährt fort): Ist das eine Art und Weise, ein ruhiges und friedfertiges Volk zu behandeln? Stehen wir ein für unser Recht und unsere verfassungsmäßige Freiheit, damit wenigstens unsere Nachkommen sagen können: Wir sind stolz, einem Lande wie Preußen anzugehören.

Abg. Lent: Ein Polizeigesetz darf nicht nach Analogieen, sondern muß strictissime interpretirt werden, zumal da der Sinn desselben hier ganz klar auf der Hand liegt. Die vom Hrn. Minister angebotene Wette beweist, daß er selbst wenig Respekt vor einem richterlichen Urtheil besitzt. Es ist übrigens der Hr. Minister selbst, welcher das Wort Polizeiwirtschaft hier im Hause eingeführt hat.

Abg. Dr. Becker giebt eine sehr eingehende und launige Schilderung der Ereignisse bei dem kölnischen Feste, deren Reiz hauptsächlich auf den Details beruht, die im Auszuge unmöglich wiederzugeben sind. Er charakterisirt hauptsächlich das Verhalten der Bürgermeier von Longeric und Deuz bei dieser Gelegenheit und schließt mit den Worten: Die Ereignisse in Köln sind zu Demonstrationen gemacht worden von Seiten der Regierung. Die Regierung hat dadurch gezeigt, daß sie mit der Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte nicht bestehen kann. Die Nation wird das Ministerium beim Worte nehmen, und am verfassungsmäßigen Rechte der Nation wird die Regierung Schiffbruch leiden.

Abg. Schulze (Berlin): Aus den Erklärungen des Ministers des Innern geht hervor, daß man das Fest nur deshalb verhindert hat, um die Stimme des Volkes nicht durchdringen zu lassen durch die Mauer, die man zwischen Firt und Volk errichtet hat. Gesetz und Recht im Lande sind in permanenten Belagerungs-Zustand versetzt, ohne daß er formell verhängt ist. Die Wette, die uns der Herr Minister angeboten, aus seinem Munde und an dieser Stelle zu hören, ist so exorbitant, daß wir es vor dem ganzen Lande constatiren müssen. Wir müssen erklären, daß wir uns nicht zum Witschuldigen des Herrenhauses machen wollen, das den Versuch machte, eine Correction auszuüben auf das Ober-Tribunal. Daß er es wagt, uns eine solche Wette anzubieten, müssen wir mit entschiedenem Unwillen zurückweisen. (Zustimmung links.)

Der Schluß der Debatte wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. d. Heydt: Herr Jung hat Bemerkungen über meine Person gemacht, die ich zurückweisen konnte. Ich kann mich aber nicht veranlaßt fühlen, ihm auf das Gebiet seiner Redeweise zu folgen.

Abg. Graf Schwerin: Es hat mir von Anfang an widerstrebt, in dieser Sache überhaupt das Wort zu ergreifen, da auf keiner von beiden Seiten mein Herz ist. Da aber Herr v. Blaudenburg einen Theil meines Schreibens an das Fest-Comité verlesen hat, aber mit Weglassung des letzten Satzes, so erkläre ich, daß ich mich heute noch zu dem ganzen Schreiben bekenne. Ich hielt das Fest für eine Demonstration, die mir damals sehr wenig angemessen erschien; war aber damals wie heute der Meinung, daß die Regierung einen gesetzlichen Grund zum Verbot des Festes nicht hatte. Die Regierung in Preußen kann aber nur kräftig fortbestehen, wenn sie nach Gesetz und Verfassung gehandelt wird. Ich werde daher für die erste Resolution, aber gegen die 2., 3. und 4. stimmen.

Abg. Münzer nimmt die katholische Geistlichkeit gegen den Vorwurf des Abg. Leue in Schutz, daß sie immer nur mit der Gewalt gegen die Aeußerung des Abg. Leue. Gerade sie habe stets auf Seiten des Volkes gegen die Despotie gestanden.

Abg. Graf Schwerin: Die persönliche Achtung, die ich trotz meiner politischen Gegnerschaft gegen den Abg. v. Blaudenburg habe, erlaubt es mir nicht, auf seinen Vorwurf zu antworten. Ich appell-

Fre an das öffentliche Urtheil, ob ich stets zwischen Thür und Angel
stehe und keine feste politische Stellung einnehme.

Abg. L u e: Den Geistlichen in Polen habe ich keinen Vorwurf
gemacht; gegen die katholische Geistlichkeit in der Rheinprovinz
muss ich ihn aufrecht erhalten.

Abg. S c h u l z e (Wortk) verlangt für diese „Verleumdung einer
ehrenwerthen Körperlichkeit“ einen nachträglichen Ordnungsruf, den
der Vice-Präsident von U n r u h auszusprechen keine Veranlassung
findet, da der Widerspruch der Angegriffenen die Sache bereits er-
ledigt habe.

Abg. W a c h s m u t h als Berichterstatter (auf der Journalisten-
Tribüne bei der großen Unruhe des Hauses fast ganz unverständlich)
resumirt die Hauptpunkte der Debatte und befürwortet noch einmal
den Antrag der Commission. Abg. Graf S c h w e r i n stellt den An-
trag, über die einzelnen Theile des Antrags getrennt abzustimmen.
Abg. O s t e r r a t h schließt sich dem an und bemerkt zur Abstimm-
ung, er wolle sich lieber der Gewalt der Regierung fügen, als sich
von der Fortschrittspartei tyrannisiren lassen. Er werde daher ge-
gen den Commissionsantrag stimmen.

Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität
angenommen. Gegen Theil 1. desselben stimmen nur die Conser-
vativen und ein Theil der katholischen Fraction, darunter O s t e r r a t h.
Gegen Theil 2-4 auch Graf S c h w e r i n. Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.

W e m e l, 12. Februar. Die Regierung hat dem Vor-
steheramt der hiesigen Kaufmannschaft den Staats-Zuschuß im
Betrage von 20,000 Thln. zu den im Laufe dieses Jahres
auszuführenden Moolebauten überwiesen. (R. H. Z.)

S u e d l i n b u r g, 15. Februar. Der Hauptmann H e r g a s s,
welcher am 15. Juni v. J. einem Kaufmanne (beide sollen sich
in aufgeregtem Zustande befunden haben) auf dem hiesigen
Bahnhofe die Finger zerdrückte und sich den Anordnungen des
Bahnhofspolizeibeamten widersetzte, ist nach der Magd. „Presse“
wegen „vorläufiger thätlichen Mißhandlung und Körperver-
letzung einer Civilperson, thätlichen Angriffs gegen einen in
Vornahme einer Amtshandlung begriffenen Eisenbahn-Polizei-
Beamten und Widerstandes gegen denselben durch wörtliche
Drohungen“ mit sechs Wochen einfachem Stuben-
Arrest bestraft worden.

H e n s b u r g, 16. Februar. Magdeburger Pioniere be-
jetzten S o n d e r b u r g. Die Armierungsarbeiten werden vor Aus-
gang des Monats vollendet sein. (Tel. Dep. d. Bresl. Z.)

I t a l i e n.
Am 8. Februar empfing der Papst die Priester, welche
an den verschiedenen Kirchen Roms die Fastenpredigten halten
werden, und hielt ihnen, ehe er ihrer Mission seinen Segen er-
theilte, eine längere Anrede, welche der „Monde“ wiedergibt
und worin es heißt:

Niemandem von Euch ist es unbekannt, daß die Menschen
heutzutage vollständig der Liebe zu irdischen Gütern und der Ent-
wicklung derselben hingegeben sind. Hier steht die Eisenbahn,
dort Bergwerke, weiterhin Ausgrabungen, überall große Künste,
mächtige Schiffe, Anleihen, kurz, eine beständige Arbeit, um die
Macht der Staaten zu erhöhen und die materiellen Reichthümer an-
zuhäufen. Und Niemand scheint sich um den Reichthum der unver-
gänglichen Güter, der himmlischen Güter, zu kümmern. Darum
folgt, daß Ihr den Menschen die Verachtung der weltlichen Sachen
predigen und ihnen die Nothwendigkeit zeigen müßt, den Himmel zu
erwerben.

S p a n i e n.

Die doppelte Politik, die in Paris gegen Italien getrie-
ben wird, findet in Madrid eifrige Nachahmer. Der Spanische
Senat ist nicht ganz so ultramontan, wie der Französische; er
nahm die Antwort-Adresse mit dem anti-Italienischen Artikel
nur mit 109 gegen 47 Stimmen an, während der Französische
Einstimmigkeit zeigte; dagegen hat die Regierung sich ganz im
Sinne Camarmora's ausgesprochen. Der Colonial-Minister
C a n o v a s del C a s t i l l o stellte den Standpunkt der Regierung
wörtlich in folgender Weise bei der Senatsdebatte fest: „Wir
haben das Königreich Italien anerkannt, weil wir der Isoli-
rung, in der sich Spanien befand, ein Ende machen und uns
der Bewegung des modernen Europa in einer der wichtigsten
Fragen anschließen wollten, die der Erwägung des zeitgenössis-
chen Europa unterbreitet wurden. Die Macht der Verhältnisse
hat die liberal-conservativen Regierungen, die sich von der all-
gemeinen Bewegung nicht lossagen wollten und konnten, zu die-
ser Anerkennung gezwungen. Spanien hat aus dem nämlichen
Grunde gehandelt: seit zwei Jahrhunderten war es der Ver-
fechter absolutistischer Principien; heute dagegen will, darf und
kann es, obwohl es nicht aufhört, katholisch zu sein, nicht mehr
der Verfechter katholischer Principien bleiben.“

F r a n k r e i c h.

Paris, 15. Februar. Die Französische Generation, welche
unter der Restauration manbar geworden, antwortete den
Preß-Ordnungen der Bourbons mit der Juli-Revolution;
die unter den Orleans aufgewachsene Jugend ließ sich zur Fe-
bruar-Bewegung fortziehen, um die 200,000 Zufriedenen zu 9
Millionen berechtigter Wähler zu erweitern. Jetzt sind unter
den Napoleoniden wiederum fünfzehn Jahre vergangen, und nicht
bloß die Thronrede erklärt die Nation für unreif zur Preß-
und parlamentarischen Freiheit, sondern der Senat ruft mit
Einstimmigkeit und mit erhöhter Stimme sein Amen dazu, wäh-
rend die Deputirten die Köpfe zusammenstecken und nicht wissen,
ob sie den Mund aufstun sollen, um zu gähnen oder zu pro-
testiren, und die Presse kaum aufzufuszen wagt, um nicht mit
noch strengeren Knebeln beglückt zu werden. Ist Frankreich so
zurück gegangen? Emil von Girardin scheint mit Ja zu an-
worten, und der Herzog von Persigny hielt gestern als Freund
des Kaisers eine Rede, ober, um mit der „France“ zu reden, er
gab ein Manifest, das darauf hinauskommt: Ihr Franzosen
könnt froh sein, daß der Kaiser euch nur mit Geißeln züchtigt;
ihr hättet Scorpionen verdient! Persigny ritt wiederum sein
Parabelferd: Die Englische Freiheit taugt nicht für die Fran-
zosen, folglich auch nicht die parlamentarische Regierungsform;
in Frankreich ist nur Eine Unabhängigkeit von Segen, die des
Kaisers. Der Staatsrath allein habe den Kaiser vor den
Kammern zu vertreten, das genüge vollkommen, sofern der ge-
setzgebende Körper seine Hand nicht direct in politische Dinge
stecke und der Senat bei verschlossenen Thüren tage. Die
Neuerung von 1860 ist Persigny ein Gräuvel, denn nun reicht
ja der Staatsrath nicht mehr aus; öffentliche und freie Dis-
cussion verlangt verantwortliche Minister, das ist klar. Per-
signy ist aus demselben Grunde für den Bürgermeister, welcher
der ausschließliche Vertreter der Centralgewalt ist, also Pascha
im Frack, oder wie die „France“, der dieser Bonapartismus
denn doch zu stramm scheint, meint, „ein bloßer Sous-Sous-
Präfect, ein Agent der niedrigsten Stufe der Mangelleiter, ein
Beamter ohne Einfluß, ein Seitenstück zum Polizei-Commissar-
ius.“ R o u h e r ' s Ideal des Französischen Staates ist nicht ganz
das nämliche. Ihm zufolge ist das Verhältnis der Regierung
zum Lande das eines Pulsfühlers zum Patienten; der Puls-
fühler hat sich fortwährend von den Fluctuationen des Landes
Rechenschaft zu geben, damit er nie seitwärts vom Lande ge-
rath, nie hintenan kommt. Der Pulsfühler hat, so setzte R o u h e r
ohne Bild hinzu, „fortwährend die Gefühle des Landes zu be-
fragen und ihnen in dem Maße, das er für wahr und klug
hält, Rechnung zu tragen.“ Das Maß der Rechnung ist aber
wie bei Persigny auch bei R o u h e r in das bloße subjektive Be-
lieben der Gewalt gegenüber der Nation oder vielmehr dem
„Lande“ gestellt, denn erstere Bezeichnung ist bei den Bona-
partisten nicht mehr beliebt und wird mehr und mehr durch das
diesen Anschauungen angenehmer klingende „pays“ ersetzt. Die

„France“, welche zu Persigny's Bürgermeister stark den Kopf
schüttelte, findet diese R o u h e r ' s c h e Regierungstheorie bewun-
derungswürdig. Uebrigens hat R o u h e r, trotz allem absolutisti-
schen Theoretisiren, es für klug gehalten, zu erklären, es viele
der Regierung nicht ein, den Blättern das Recht streitig zu
machen, die Legislatur-Verhandlungen zu beurtheilen und zu
debattiren, da denselben ja auch das Recht zustehe, die Regie-
rungsverhandlungen zu würdigen und zu besprechen.

Der „Moniteur“ meldet jetzt auch von der Ankunft eines
Chilenischen Bevollmächtigten in Lima und vom Abschlusse eines
Schutz- und Trugsbündnisses zwischen beiden Republiken. Spa-
nien hat jetzt acht Kriegsschiffe vor Valparaiso und Caldera,
scheint aber schließlich sich bloß auf die Blokirung von Valpa-
raiso beschränken.

Man spricht von einer gewissen Vereiztheit, die zwischen
den Russischen Botschaftern zu London und Paris einerseits
und dem hiesigen auswärtigen Amte andererseits wegen der
Weigerung des letzteren Platz gegriffen, Französische Fälscher
Russischer Bankbills, die ihr Metier lange Zeit in London
betrieben, sei es an die Englische Polizei, sei es an die Russi-
sche Regierung, auszuliefern. Drouyn de Lhuys soll sich hier-
bei auf das Erlöschen des Auslieferungs-Vertrages zwischen
Frankreich und England berufen haben. Inzwischen wird die
Anwesenheit des Russischen Botschafters beim Hofe der Tuile-
rien, des Barons B u d b e r g, in Petersburg, wohin ihn der
Czar berufen, sehr commentirt. Man meint, der Botschafter
sei bestimmt, den Fürsten Gortschakow als Minister der aus-
wärtigen Angelegenheiten zu ersetzen, da der letztere sich aus
Gesundheits-Rücksichten zurückziehen wüßte. B u d b e r g gilt
hier für den eifrigsten Freund Frankreichs in der Russischen
Regierung, weshalb man seine Ernennung sehr gern sähe;
außerdem aber hält man ihn, mit den beiden Brüdern Mi-
liutin, von denen der eine das Ministerium des Innern, der
andere das des Krieges inne hat, für den erklärtesten Partisan
weiterer Reformen für das Czaarenreich.

Am letzten Dienstag dirirten der Kaiser, die Kaiserin,
der Prinz und die Prinzessin zu Hohenzollern beim General
F l e u r y, dem Oberst-Jägermeister des Kaisers. Nach dem Diner
war großer Empfang; ungefähr 400 Personen waren geladen
worden. Geoffroy und Fraulein Bierfon führten eine Comödie
auf. Dann fand ein Kinderball Statt, der zu Ehren des Kai-
serlichen Prinzen angeordnet war. Nachdem sich derselbe mit
seinen Spielkameraden entfernt hatte, erschien die famose The-
resa, die Sängerin des Café Alcazar und trug sieben Lieder
vor. Die Fürstin Metternich hat eines Tages vor dem Hofe
die Theresia dargestellt; aber sie erreichte nicht ihre Lehrerin,
und der Kaiser soll ganz entzückt von der Theresia in natura
gewesen sein. Er klatzte ihr so vollständig Beifall, wie die
Gamins und Cocodes des Faubourg Poissonniere, und hatte
dazu noch das Vergnügen, sie zwei Mal persönlich beglückwün-
schen zu können. General Fleury war überseelig, seinem Kaiser
einen so angenehmen Abend bereitet zu haben, und nach dem
Concerte stürzte er zur Theresia, die, nachdem sie sonst für ein
gutes Souper oder sonstige Kleinigkeiten ihre Anbeter zu ergötzen
pflegte, jetzt ihre 200,000 Franken per Jahr verdient, um ihr
für ihre Leistungen zu danken. „Sie haben“, so sagte Fleury
zur Theresia, „einen ungewöhnlichen Erfolg gehabt. Der Kaiser
hat, als er Sie hörte, in einer Stunde mehr gelacht, als sonst
in einem Jahre.“ Theresia trat hierauf am Faschings-Dienstag
etwas weniger gewöhnlich auf und sie sang etwas weniger an-
zügliche Lieder, aber doch das „Rien n'est sacré pour un Sa-
peur“ und dergleichen mehr. Die „Theresia“ gilt jetzt natürlich
quasi-hoffähig.

N i e d e r l a n d e.

Nach dem „Arheimischen Couvant“, welcher für das Dr-
gan des abgetretenen Ministers des Innern gilt, lag der Mi-
nisterkrise folgende Ursache zum Grunde. Das Vermögen des
Königs von Holland sei durch die großen Schenkungen, welche
er während der letzten Ueberschwemmungen gemacht habe, stark
angegriffen worden. Der Colonialminister Francken van de
Butte, welcher seit lange auf den Einfluß Thorbeckes eifersüch-
tig gewesen, habe diesen Umstand benutzt, um den König mit
dem Minister des Innern zu entzweien. Er habe höheren
Orts den Vorschlag gemacht, von dem Einkommen aus den Co-
lonien eine zweite Civilliste zu erheben und auf diese Weise
den Lasten der königlichen Chatouille zu Hülfe zu kommen.
Diese Idee habe großen Anklang gefunden. Aber Thorbecke
erklärte dieselbe für unvereinbar mit der ausdrücklichen Bestim-
mung der Verfassung, welche eine solche Unterscheidung zwischen
dem Mutterlande und den Colonien nicht gestatte. Daher der
Zwiespalt; man drang in Thorbecke nachzugeben; er zog vor,
seine Entlassung zu nehmen. So lautet die Version des Ar-
heimer Blattes. Die bevorstehenden Kammerverhandlungen
werden ohne Zweifel den wahren Sachverhalt aufklären. Es
hat Mühe gekostet, das neue Ministerium zusammenzubringen;
der neue Minister des Innern wird als ein obscurer Notar
von Gröningen bezeichnet und der neue Justizminister als der
Friedensrichter eines kleinen Dorfes in Seeland. Alle bebeu-
tenderen Männer hätten es abgelehnt, an dem Ministerium der
Intrigue theilzunehmen.

E n g l a n d.

London, 15. Februar. Ihr Stillschweigen über die Preu-
sische Verfassungs-Krise brechend, zieht die „Times“ einen
Vergleich zwischen den Zuständen, welche vor zweihundert Jah-
ren in England zu dem Sturze des Absolutismus führten, und
den gegenwärtigen inneren Verhältnissen Preußens. Den Be-
schluß des Ober-Tribunals verurtheilt sie in scharfen Aus-
drücken und zollt den Abgeordneten hohe Lobspprüche für die
Kraft, Wahrheit und Würde, welche sie in der Zurückweisung
solcher Angriffe auf die Lebensbedingungen parlamentarischer
Institutionen bewiesen haben. Aber was dem Deutschen fehle,
das sei die Kraft zur That.

Wir haben vor einiger Zeit schon erwähnt, daß die Kö-
nigliche Commission über die Todesstrafe ihren Be-
richt abgestattet hat. Nur vier der Mitglieder, unter ihnen Mr.
Bright, haben sich für die Abschaffung der Todesstrafe ausge-
sprochen. Die Commission vernahm sehr viele Zeugen, dar-
unter den Lordkanzler und andere „rechtsgelehrte Pairs.“ Alle
bezugten auf das nachdrücklichste, daß die Todesstrafe eine
höchst abschreckende Wirkung habe, und daß sie in Fällen des
Mordes gar nicht abgeschafft werden sollte. Elf andere Eng-
lische und Irische Richter hatten schriftliche Gutachten an die
Commission gesandt. Alle waren für Beibehaltung der Todes-
strafe, ausgenommen Mr. See, der sich mit seiner Meinung
nicht auf die eigene richterliche Erfahrung, sondern auf die
Gründe des Deutschen Professors Rittermaier stützt. Unter
den zahlreichen andern Notabilitäten, die von der Commission
um ihre Meinung befragt worden sind, waren für Beibehaltung
der Todesstrafe der jetzige Minister des Innern, Sir George
Grey, Mr. Walpole, der denselben Posten unter der conserva-
tiven Regierung eingenommen hat, dann Mr. Davis, der
Caplan im Criminalgefängnisse von Newgate. Aber auch für
die Abschaffung der Todesstrafe findet sich eine Anzahl guter
Namen, z. B. Sir Fitzroy Kelly, Mr. Denman, Lord Hobart
und andere mehr.

R u s s l a n d u n d P o l e n.

○ **Von der Polnischen Grenze**, 16. Februar.
Ich habe neulich auf die rege politische Thätigkeit hingewiesen,

welche die hohe Polnische Aristokratie gegenwärtig in Paris
und Rom entwickelt. Als eines der Hauptziele dieser politischen
Thätigkeit bezeichnete ich die Beeinflussung der Französischen
und Italienischen ultramontanen Presse zu Gunsten der Pol-
nischen Sache. Das mot d'ordre, das den Organen dieser
Presse aus dem Polnisch-aristokratischen Lager gegeben wird und
das die Solidarität der Polnischen Sache mit dem Katholici-
smus und mit den Interessen der Aristocratie bezweckt, ist
schon früher in den verwandten Polnischen Blättern in allen
Variationen abgehandelt worden. Es ist eben so originell wie
interessant und da es zugleich ein helles Licht wirft auf die ge-
genwärtigen socialen und politischen Bestrebungen der aristo-
kratisch-clericalen Partei überhaupt, so beansprucht es ein öffent-
liches Interesse. Nach diesem mot d'ordre wurzelt der religiöse
und politische Zwiespalt, der die Europäischen Verhältnisse
immer tiefer zerklüftet, in dem Widerstreit der beiden Europä-
ischen Haupttracen, der iranischen und turanischen. Das Er-
zeugniß der iranischen oder arianischen Race ist die lateinisch-
germanische Civilisation, deren Hauptgrundsätze sind: persön-
liche Unsterblichkeit der Seele, den Despotismus negirende
Individualität, Achtung vor dem Eigenthum und vor der
Moral, Mitterlichkeit, Pflege der Kunst. Die Grund-
lage und das Bollwerk zur Vertheidigung dieser Civilisation
sind der Katholicismus und die Aristocratie. Die Negation
der lateinisch-germanischen Civilisation ist der Turanismus,
dessen Charakter sich kundgibt in der Vernichtung der Indivi-
dualität zum Vortheil der unumschränkten Macht, in der Ver-
götterung des Irdischen und in der Verneinung aller Mitterlich-
keit und alles Kunstsinns; denn wenn auch die Turanische Race
letzteren affectirt, so thut sie dies nicht aus wahrer Liebe, son-
dern aus Nothwendigkeit, die Civilisation nachzuahmen, um
desto leichter die Völker des Westens täuschen und dann unter-
jochen zu können. Der Repräsentant der Turanischen Race ist
der Russische Staat, dessen natürliche Verbündete sind: die De-
mokratie, der Judaismus und das Amerikanische Yankeeenthum.
Der Kampf der Turaner gegen die Arianer begann unter Pe-
ter dem Großen. Die Französische Revolution sicherte erstere
eine riesige Macht in Europa. Wird Polen nicht wieder her-
gestellt, lassen die Völker die weltliche Macht des Papstes sinken
und siegen sie der eiterentwicklung der Demokratie und des
von der Höhe der Börse die Welt beherrschenden Judenthums nicht
Schranken, so wird der Westen in einigen Decennien die Beute
jener Macht werden, deren Vorposten einige Tagereisen von
Peking entfernt stehen, die vom Kaukasus aus jeden Augenblick
gegen Persien, Constantinopel und Indien marschiren kann.
Das sind die originellen Theorien, welche die Polnische Aristokratie
in der Französischen und Italienischen ultramontanen
Presse zu entwickeln sucht, und die gewiß auch bald in ver-
wandte Deutsche Blätter Eingang finden werden.

A s i e n.

Aus Hongkong, 31. December, wird der „A. Z.“ ge-
schrieben: „Große Mißbilligung erregt das Vorgehen Preußens
in Schanghai. Die Municipalität des Fremdenviertels dieser
Stadt hatte neuerlich den Beschluß gefaßt, zur Bestreitung ge-
wisser Unkosten und Lasten eine entsprechende Steuer von den
dortselbst angelandeten Fremden zu erheben, und dieses Recht
wurde auch von sämtlichen Behörden der verschiedenen Ver-
tragsmächte mit Ausnahme Preußens anerkannt. Die Preu-
ßen allein wollen sich davon ausschließen, gewisse durch die
Localverhältnisse nötig gewordene Steuern zu bezahlen, und
finden es bequemer, in dieser Beziehung auf Kosten ihrer Nach-
barn zu leben. Dazu kommt noch, daß sich die Gelüste Preu-
ßens auf die Insel Formosa immer deutlicher herausstellen, und
daß nur die Ereignisse im Norden Europas Ursache sind, wenn
ein fait accompli geworden.“

L o c a l e s u n d P r o v i n z i e l l e s.

* **Stettin**, 17. Februar. Unter den Annoncen der vorliegen-
den A. befindet sich ein Aufruf von Mitgliedern der verschiedenen
Fractionen der liberalen Partei, zur Unterzeichnung einer Zusam-
menstellungs-Adresse an das Abgeordnetenhaus mit Bezug auf den
bekannten Beschluß des Obertribunals.

D e u e s t e N a c h r i c h t e n.

Berlin, 17. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt:
Der „Kölnischen Zeitung“ und den „Hamburger Nachrichten“
wird von hier die Analyse einer angeblichen Oesterreichischen
Depeche vom 10. Januar mitgetheilt, in welcher die Augusten-
burgischen Präntionen befürwortet sind. Diese Mittheilung
scheint aber auf einer Mystification zu beruhen. Es existirt
nur eine in der letzten Zeit von Wien in der Schleswig-Hol-
steinischen Angelegenheit hierher gerichtete Depeche, und zwar
vom 7. Februar, mittelst welcher die Preussische Depeche vom
26. Januar beantwortet wird. Dies ist die einzige Depeche,
welche die Oesterreichische Regierung in der Schleswig-Hol-
steinischen Angelegenheit nach Berlin gerichtet hat. Selbst die be-
glaubigsten Oesterreichischen Stimmen haben in den letzten
Wochen mehrfach hervorgehoben, daß durchaus keine Verhand-
lungen über diese Angelegenheit zwischen Berlin und Wien
schwebten. Schon zur Zeit der Rückkehr des Grafen Karolvi
auf seinen hiesigen Gesandtschaftsposten waren bekanntlich Ge-
rüchte verbreitet, daß derselbe Erklärungen seiner Regierung zu
Gunsten der Augustenburgischen Ansprüche mitbringe, aber auch
damals wurde die Richtigkeit dieser Angaben von officiellen
Oesterreichischen Organen bestritten und vielmehr versichert, daß
Oesterreich seinen Standpunkt in Betreff der Mindererkennung
der Augustenburgischen Präntionen nicht geändert habe.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: „Die B a d i s c h e R e-
gierung hat das Zusammenzutreten einer Conferenz von Be-
vollmächtigten der Deutschen Regierungen zur Verathung der
Frage über Unterstüzung der Gotthard-Bahn in Anregung ge-
bracht, und es steht zu erwarten, daß die diesseitige Regierung
mit Bereitwilligkeit auf diesen Vorschlag eingehen wird.“

Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses
setzte heute die Verathung über den Vorbericht fort. Zunächst
kam der Twenten'sche Antrag, welcher aus verschiedenen Er-
wägungsgründen dem Hause empfiehlt, den Staatshaushalts-
etats-Entwurf einfach abzulehnen, zur Verathung. Die Dis-
cussion dauerte mehrere Stunden und endete mit der Ableh-
nung des Twenten'schen Antrages mit 19 gegen 16 Stimmen.
Die Commission wird nun in einer späteren Sitzung zur Ver-
rathung der vom Referenten Abg. W i r c h o w vorgeschlagenen
Resolutionen übergehen.

Auf die in den gestrigen ministeriellen Abendblättern ent-
haltene Mittheilung über Verhandlungen zwischen dem Dr.
F r e s e und dem Grafen W a r t e n s l e b e n entgegnet der E r-
z t e r e in der heutigen „Volksztg.“ Folgendes:
„Diese Mittheilung ist wesentlich unrichtig. Auf die erste
desfallige Aeußerung seitens des Herrn Abg. Graf Wartensleben
habe ich sofort meine Bereitwilligkeit zu einer befriedigenden Er-
klärung im Hause der Abgeordneten ausgesprochen, falls der ge-
nannte Herr Abgeordnete seinerseits durch eine entgegenkommende Er-
klärung im Hause mir dazu die Möglichkeit biete. Bei den durch
besagte Abgeordnete darüber gepflogenen Verhandlungen ist mein
Vertreter bis an die äußerste Grenze der Verhältnlichkeit gegangen,
aber ohne Erfolg. — Die „andere Art“ von Genußthum habe ich
abgelehnt und lehne sie ab; die einzige Art Unrecht gut zu machen,
ist nach meiner Ueberzeugung: eingelassen und zurücknehmen. Berlin,
16. Febr. 1866. Abgeordneter Dr. Frese.“
Die Verhandlungen über die Auslieferung des ehemali-

Verlobungs-Anzeige. [778]

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Bertha mit dem Kaufmann Herrn Rudolph Greffrath hier erlauben wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.

H. Berneaud nebst Frau. Bertha Berneaud, Rudolph Greffrath, Verlobte.

Stadtverordneten-Versammlung

am Dienstag, den 20. d. M., Nachmittags 5 1/2 Uhr. Tagesordnung.

Definitive Sitzung. Wahl des Stellvertreters des Vorstehers für den Nicolai-Bezirk. — Genehmigung einer Etatsüberschreitung. — Commissionsbericht, betreffend den Antrag auf Aufhebung des Zwanges zum Eintritt in die städt. Feuer-Societät. — Bewilligung der Miete zur Beschaffung der Cassen-Localitäten für die Gasanstalt und Wasserleitung. — Antrag und ein Gehuch, den Austausch von Grund und Boden betreffend. — Antrag auf Neuwahl des Schiedsmannes für den Oberwies-Bezirk, und mehrerer Mitglieder der 6. Schul-Commission. — Licitationsverhandlung über den Verkauf einer Baustelle im Bauviertel II. der Neustadt. — Antrag auf Feststellung des Etats der Räumerei-Casse pro 1866. — Mittheilungen, die Festsetzung des Gehalts für die Stadtschulraths-Stelle, die Festsetzung des gewählten Räumereis, und die Vertheilung der Gewerbesteuer-Tantieme betreffend. — Bewilligung einer Summe zur Gründung einer Schulbibliothek. — Antrag auf Bewilligung von persönlichen Gehaltszulagen für städt. Elementarlehrer. — Antrag, die Niederlegung des Amtes eines unbesoldeten Stadtraths betreffend. — Bericht über die Revision der Räumerei-Cassen-Rechnung pro 1864.

Nichtöffentliche Sitzung. Eine Unterstützungssache. — Commissionsbericht über Vorschläge zur Wahl unbesoldeter Stadtrathe. — Verhandlung über die Wahl eines Försters. Stettin, den 17. Februar 1866. Saunier.

Bekanntmachung.

[777] Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Meißnbetheiligten der Preuss. Bank wird auf Freitag, den 23. März dieses Jahres, Nachmittags 5 1/2 Uhr,

hierdurch einberufen, um für das Jahr 1865 den Verwaltungsbericht und den Jahres-Abschluss nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen und die für den Central-Ausschuss nöthigen Wahlen vorzunehmen. (Bank-Ordnung vom 5. October 1846, §§. 62, 63, 67, 68, 97, und Gezei-Sammlung 1857, Seite 240.) Die Versammlung findet im hiesigen Angebaude statt. Die Meißnbetheiligten werden zu derselben durch besondere, der Post zu übergebende Anschriften eingeladen.

Berlin, den 15. Februar 1866. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Chef der Preussischen Bank, Graf von Itzenplitz.

Handels-Register. [773]

I. Der Kaufmann Israel Lesser ist am 1. Februar 1866 als Gesellschafter aus der in Stettin unter der Firma: J. Lesser & Co.

bestehenden Handlung ausgeschieden und der Kaufmann Adolph Lesser zu derselben Zeit als Gesellschafter in dieselbe eingetreten.

Dies ist in das Gesellschafts-Register bei der Firma J. Lesser & Co. N. 65 zufolge Verfügung vom 13. Februar 1866 am 14. desselben Monats eingetragen.

II. Die Handelsgesellschaft C. F. Schönberg & Sohn in Stettin ist durch gegenseitige Uebereinkunft am 1. Januar 1866 aufgelöst und der Holzhändler Christian Friedrich Schönberg in Stettin mit der Liquidation beauftragt.

Dies ist in das Gesellschafts-Register bei der Firma C. F. Schönberg & Sohn N. 237 zufolge Verfügung vom 13. Februar 1866 am 14. desselben Monats eingetragen.

III. In das Firmen-Register sind eingetragen unter N. 865 der Kaufmann Christian Friedrich Schönberg zu Stettin.

Ort der Niederlassung: Stettin. Firma: Christian Friedrich Schönberg; N. 866 der Kaufmann Christian Wilhelm Hermann Schönberg zu Stettin.

Ort der Niederlassung: Stettin. Firma: Christian Schönberg, zufolge Verfügung vom 13. Februar 1866 am 14. desselben Monats. Stettin, den 14. Februar 1866. Königliches See- und Handels-Gericht.

Eiserne Geldschranke

billig zu verkaufen [223] Neue Königsstrasse 16, parterre.

Nach Königsberg (Elbing, Tilsit, Braunsberg)

ladet und wird prompt expedirt: A. I. Dampfer „Orpheus“, Capt. Regeser. Neue Dampfer-Compagnie. [766]

Nach Copenhagen

Dampfer „Stolz“, am 20. Februar, Vormittags.

Nach Königsberg (Elbing und Tilsit)

Dampfer „Borussia“, am 22. Februar.

Nach Danzig

Dampfer „Colberg“, am 1. März.

Nach Elbing (Braunsberg und Frauenburg)

Dampfer „Nordstern“, Capt. M. Braun.

Nach Ruhl

Dampfer „Alexandra“, Capt. Bleckert. „Emilie“, Capt. Preuss. [759]

Am 1. März c. beabsichtige ich mein im Jahre 1859 erbautes Schoonerschiff „Elise & Martha“, 29 neue Laften, zu verkaufen. Näheres bei Stettin, im Februar 1866. A. W. Lindtner, Klosterstraße 5. [683]

Jachtschiff-Verkauf.

[696] Mein hier zu Voitz liegendes Schlopschiff Rud. & Franz, 22 Laften vermesen, 54 Wispel tragend, bin ich Willens, zu jedem annehmbaren Gebot aus freier Hand zu verkaufen. W. Fahl.

[698] Das Schalupp-Schiff Senrette, im Zingster Strome liegend, im Jahre 1861 erbaut, von 19 1/2 Laften Tragfähigkeit, beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen. Jngit, Reg.-Bezirk Stralsund. J. J. Hansen.

Frische Rappkuchen

sind vorräthig, und werden zu Stettiner Preisen verkauft in der Draussen-Mühle zu Breslau. [81]

Rappkuchen frisch und bester Qualität, offerirt billiger

[257] H. Voss, Stettin. Willh. Conrad's Weizen-Malz bier empfehlte in bekannt feiner Qualität [774] H. Lewerentz.

Besten Chili-Salpeter offeriren

[778] Andrae & Grüneberg.

Stadtmusiccorps in Wismar.

Lehrlinge, die wahren Verus zur Musik haben, finden Aufnahme bei Friedrich Rosenkranz, Stadtmusikdirector. [637]

Für mein Galanterie- und Kurzwaaren-Geschäft

ude ich einen tüchtigen Commis zum baldigen Eintritt. Emil Stark in Greifenberg i. Pomern. [774] Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen ausgerüsteter Lehrling, der für Wohnung und Beköstigung selbst sorgen kann, wird für ein hiesiges Waaren-, Commissions- und Expeditions-Geschäft zum 1. April c. gesucht. Adressen werden unter Chiffre B. 86. in der Exped. d. Bl. erbeten.

Salomon's Kaufmännisches Unterrichts-Institut,

Berlin, Dranienerstraße 91, [717] gewährt elementare und gebiegene kaufm. Ausbildung in allen Handelswissenschaften, Französl., Engl. u. c. Kurse A.: für junge Leute, welche die Schule verlassen, um in ein Geschäft als Lehrling zu treten. (Dauer 6 Monate.) Kurse B.: für Commis, Deconomen, Architekten, Ingenieure u. c. (Dauer 3 Monat.) Neue Kurse 5. April. Näheres Prospeete.

16,000 Thlr. sind pupillarisch auf Landgüter auf längere Zeit, selbst unter 5% Zinsen auszuliehen. Adr. B. No. 100 werden in d. Exp. d. Bl. erbeten. [709]

[720] Ein Schlosser oder Maschinist der mit einer Locomobile Bescheid weiß, wird verlangt. Näheres bei Herrn S. A. Frankel in Stettin, und auf Franco-Verhandlungen bei Unterzeichnetem. Cörlin, den 22. Februar 1866. N. M. Frankel.

[645] Die drei Getreideböden auf dem Vierbach'schen Grundstück, Oberwies N. 26, sind zu vermieten vom Administrator Schultze, Friedrichstraße 6, 3 Treppen.

[646] Zwei zusammenhängende Zimmer, welche sich als Comtoir eignen, stehen Speicherstraße N. 5 sofort oder zum 1. April miethsfrei.

Ein großes Part.-Zimmer nebst Cabinet ist zum 1. April zu vermieten bei Rudolph Dietz, Breite Straße 22. [661]

[665] Bei F. Berggold in Berlin ist ersehen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen: Die Maschinen zum Pressen von Ziegeln, Röhren, Torf und Kohle, von G. Schlichter in Berlin, Maschinenfabrik. und Dampfziegelei-Besitzer, Wassergasse 17, gr. 8. mit vielen Abbildungen, 10 Gr.

Credit-Verein.

Montag, den 19. Februar, Abends präcise 7 1/2 Uhr, im Schützenhause, General-Versammlung, zu der die Mitglieder des Vereins hiemit eingeladen werden. Tages-Ordnung.

- 1) Geschäfts-Bericht über das vergangene Jahr. 2) Bericht der Revisoren und demnachst Ertheilung der Decharge für den Director und den Ausschuss. 3) Antrag des Ausschusses in Betreff der Vertheilung des Reingewinnes. 4) Wahl von 10 Ausschuss-Mitgliedern. Der Ausschuss. [669]

Adresse an das Abgeordnetenhause.

Die untenfolgende Adresse liegt in den Buchhandlungen der Herren L. Saunier, Dannenberg & Dühr und Th. v. d. Nahmer, sowie in dem Local der Herren Lehmann & Schreiber (Börse), bis zum Donnerstag, den 22. d. Mts., Mittags 12 Uhr, auf. Wir laden unsere Mitbürger zur Unterzeichnung derselben ein. Stettin, den 17. Februar 1866.

Keil, Kaufmann und Stadtverordneter. Fraude, Rfm. und Stadtrath. Dr. Wolff, Redacteur und Stadtverordneter. Neimarus, Rfm. und Stadtverordneter. Dr. Wasserfuhr, Arzt und Stadtverordneter. Tiesien, Stadtverordneter. Hater, Rfm. und Stadtverordneter. Sobrecht, Stadt-Verordneter. Rückforth, Rfm. und Stadtrath. Weinreich, Rfm. und Stadtverordneter. Dr. Wismann, Arzt und Stadtverordneter. Dr. Schleich, pr. Arzt. Th. G. Schröder, Vorsteher der Kaufmannschaft und Stadtverordneter. Dr. Bethe, pract. Arzt. Dr. Vohsen, pract. Arzt. Dr. Dohrn, Léon Saunier, Stadtverordneter-Vorsteher. Höpfer, Drechsler-Meister und Stadtverordneter. J. Runge, Rfm. und Stadtverordneter. Th. Fritsch, Rfm. Rud. Bettenstadt, Rfm. und Stadtverordneter. Albert de la Barre, Vorsteher der Kaufmannschaft und Stadtverordneter.

Hohes Haus der Abgeordneten!

Die unterzeichneten Wahlmänner und Urtwähler Stettins erachten es für ihre Pflicht gegen das Vaterland, gegen die beschworene Verfassung und gegen das Hohe Haus, hiermit öffentlich ihre Zustimmung zu dem in der Sitzung vom 10. d. Mts. gefassten, die Interpretation des §. 84 der Verfassung durch das königliche Ober-Tribunal betreffenden Beschlusse auszusprechen, und fühlen sich gedrungen, dem hohen Hause für die dabei bewiesene mannhaftige Vertbeidigung verfassungsmäßigen Rechtes als freie Männer zu danken. Stettin, den 17. Februar 1866.

Stadt-Theater in Stettin.

Sonntag, 19. Februar. Therese Krones. Genrebild mit Gesang in 3 Acten von C. Haffner. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Table with columns for Eisenbahn-Actien, Dividende pro 1864 Zl., and various railway names like Aach.-Mastricht, Amsterd.-Rottl., Berg.-Märk. A., etc.

Table with columns for Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds, and various bond names like Ndschl.-Mrk., Staats-Anl., etc.

Table with columns for Ausländische Fonds, Bank- und Industrie-Papiere, and various international and bank-related financial instruments.